

Hauptsatzung **der Gemeinde Engelschoff**

Aufgrund des § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der Fassung des Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Oktober 2016 (Nds. GVBl. S. 226) hat der Rat der Gemeinde Engelschoff in seiner Sitzung am 13. Februar 2017 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1 **Bezeichnung, Name**

- (1) Die Gemeinde führt die Bezeichnung und den Namen „Gemeinde Engelschoff“.
- (2) Die Gemeinde gehört der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten an.

§ 2 **Wappen, Flagge, Dienstsiegel**

- (1) Das Wappen der Gemeinde wird wie folgt beschrieben:

Unter silbernem Zinnenschildhaupt Blau von Grün durch eine silberne Wellenleiste geteilt; oben ein silbernes Mühlenschrägkreuz mit innen zweibölgigen Blattenden; unten zwei pfahlweise einander abgewendete silberne gestürzte Sensen mit goldenen Blättern.

- (2) Die Farben der Gemeinde sind blau-grün.
- (3) Das Dienstsiegel enthält das Wappen und die Umschrift „Gemeinde Engelschoff, Landkreis Stade“.

§ 3 **Ratzzuständigkeit**

- (1) Der Beschlussfassung des Rates bedürfen
 - a) Rechtsgeschäfte i. S. d. § 58 Abs. 1 Nr. 14 NKomVG, deren Vermögenswert die Höhe von 5.000 € übersteigt,
 - b) Rechtsgeschäfte i. S. d. § 58 Abs. 1 Nr. 16 NKomVG, deren Vermögenswert die Höhe von 5.000 € übersteigt, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
 - c) Verträge i. S. d. § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG, deren Vermögenswert die Höhe von 1.000 € übersteigt, soweit diese nicht aufgrund einer förmlichen Ausschreibung abgeschlossen werden.
- (2) Für Geschäfte der laufenden Verwaltung ist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister zuständig.

Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung zählen solche, die nicht von grundsätzlicher, über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung sind und deshalb keine besondere

Beurteilung erfordern, sondern mit gewisser Regelmäßigkeit wiederkehren, nach feststehenden Verwaltungsregeln erledigt werden und für die Gemeinde sachlich und finanziell nicht von erheblicher Bedeutung sind. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören insbesondere:

- a) die nach feststehenden Tarifen, Richtlinien, Ordnungen oder sonstigen Regelungen abzuschließenden oder regelmäßig wiederkehrenden Geschäfte des täglichen Verkehrs,
- b) Rechtsgeschäfte oder Verwaltungshandlungen, die in Durchführung bundes-, landes- oder ortsrechtlicher Bestimmung vorgeschrieben oder zulässig sind:
 - Heranziehung zu Abgaben,
 - Erteilung von Prozessvollmachten,
 - Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln,
 - Erhebung von Klagen vor Gerichten bis zu einem Streitwert von 1.500 €,
 - Erteilung von Löschungsbewilligungen,
 - Ausstellung von Abtretungserklärungen,
 - Vorrangearäumungen,
- c) Rechtsgeschäfte bis zu folgenden Wertgrenzen:

- Verfügungen über das Gemeindevermögen (ausgenommen Schenkungen):	2.000 €
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben:	2.500 €
- Niederschlagungen und Erlass von Forderungen:	2.500 €
Abschluss von Miet- und Pachtverträgen (Monatsbeiträge):	500 €
- d) Verträge über Lieferungen und Leistungen im Rahmen des Haushaltsplanes bis zu 5.000 €.

§ 4

Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters nach § 81 Abs. 2 NKomVG

- (1) Der Rat wählt in seiner ersten Sitzung aus den Beigeordneten zwei ehrenamtliche Vertreterinnen und/oder Vertreter der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, die sie oder ihn bei der repräsentativen Vertretung der Gemeinde, bei der Einberufung Gemeinderates einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung, der Leitung der Sitzungen des Gemeinderates sowie bei der Verpflichtung der Ratsfrauen und Ratsherren und ihrer Pflichtenbelehrung vertreten.
- (2) Der Rat beschließt über die Reihenfolge der Vertretung, sofern eine solche bestehen soll. Soll eine Reihenfolge bestehen, so führen die Vertreterinnen und Vertreter die Bezeichnung stellvertretende Bürgermeisterin oder stellvertretender Bürgermeister mit einem Zusatz, aus dem sich die Reihenfolge der Vertretungsbefugnis ergibt.

§ 5

Anregungen und Beschwerden

- (1) Werden Anregungen und Beschwerden im Sinne des § 34 NKomVG von mehreren Personen bei der Gemeinde gemeinschaftlich eingereicht, so haben sie eine Person zu benennen, die sie gegenüber der Gemeinde vertritt. Bei mehr als fünf Antragstellerinnen oder Antragstellern können bis zu zwei Vertreterinnen oder Vertreter benannt werden.
- (2) Die Beratung kann zurückgestellt werden, solange den Anforderungen des Absatzes 1 nicht entsprochen ist.

- (3) Anregungen oder Beschwerden, die keine Angelegenheiten der Gemeinde Engelschoff zum Gegenstand haben, sind nach Kenntnisnahme durch den Gemeinderat von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister ohne Beratung den Antragstellerinnen oder Antragstellern mit Begründung zurückzugeben. Dies gilt auch für Eingaben, die weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Absichten usw.).
- (4) Anregungen oder Beschwerden, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen oder gegen die guten Sitten verstoßen, sind nach Kenntnisnahme durch den Gemeinderat ohne Beratung zurückzuweisen.
- (5) Die Beratung eines Antrages kann abgelehnt werden, wenn das Antragsbegehren Gegenstand eines noch nicht abgeschlossenen Rechtsbehelfs- oder Rechtsmittelverfahrens oder eines laufenden Bürgerbegehrens oder Bürgerentscheides ist oder gegenüber bereits erledigten Anregungen oder Beschwerden kein neues Sachvorbringen enthält.

§ 6

Verkündungen und öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Satzungen, Verordnungen, Genehmigungen von Flächennutzungsplänen sowie öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde werden im Amtsblatt für den Landkreis Stade verkündet bzw. bekannt gemacht.

Außerdem wird die Bevölkerung nachrichtlich über die amtlichen Aushangkästen und auf der Internetseite der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten (www.oldendorf-himmelpforten.de) informiert.

- (2) Ortsübliche Bekanntmachungen erfolgen in den amtlichen Aushangkästen und auf der Internetseite der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten (www.oldendorf-himmelpforten.de). Auf die ortsüblichen Bekanntmachungen wird im Stader Tageblatt nachrichtlich hingewiesen.

§ 7

Einwohnerversammlungen

Bei Bedarf unterrichtet die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die Einwohnerinnen und Einwohner durch Einwohnerversammlungen für die ganze Gemeinde oder für Teile des Gemeindegebietes. Zeit, Ort und Gegenstand von Einwohnerversammlungen sind gemäß § 6 mindestens 14 Tagen vor der Veranstaltung öffentlich bekannt zu machen.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Stade in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Gemeinde Engelschoff vom 15. November 2011 außer Kraft.

Engelschoff, den 13.02.2017

Gemeinde Engelschoff

Bürgermeister